
Aspekte der Wirtschaftsreform in China*

Günther Chaloupek

1. Systemveränderungen

Die Volksrepublik China hat in Hinsicht auf die Reform des Wirtschaftssystems gegenüber den europäischen Ländern mit der sogenannten „zentralen Planwirtschaft“ einen klaren Vorsprung. Die Epoche der Wirtschaftsreform begann in China 1978, also zwei Jahre nach dem Tod Mao Zedongs. In Europa hat es zwar an Entwürfen und Anläufen zu einer Reform der Planwirtschaften nicht gefehlt, doch ist man hier in der praktischen Durchführung nirgends – Ungarn eingeschlossen – so weit gekommen wie in China. Die Gründe dafür sind unterschiedlich: so etwa wurde die Reform in der ČSSR nach dem Einmarsch der Sowjetunion 1968 aus politischen Gründen wieder gestoppt. Sieht man vom gewaltsamen Ende der Wirtschaftsreform in der ČSSR ab, so war vor allem *ein* grundlegendes Dilemma für die geringen Fortschritte in den mittel- und osteuropäischen Ländern verantwortlich. Ziel jeder Wirtschaftsreform ist es, die vorhandenen Ungleichgewichte zwischen Angebot und Nachfrage durch die Einführung von mehr Marktmechanismus und mehr Entscheidungsautonomie der Unternehmungen bei Orientierung am Kriterium der Rentabilität zu beseitigen. Einzelne Reformmaßnahmen dieser Art sind jedoch insofern problematisch, als sie auf dem jeweils überkommenen Preissystem aufbauen müssen, das durch extreme Verzerrungen geprägt ist.

* Dieser Beitrag resümiert Erkenntnisse und Erfahrungen einer Studienreise in die Volksrepublik China, die der Autor im November 1988 auf Einladung der chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften unternommen hat. Dem Institut für Industrieökonomie der Akademie sowie allen Gesprächspartnern sei an dieser Stelle herzlichst gedankt.

Deswegen argumentieren viele Reformtheoretiker dafür, die Wirtschaftsreform mit einer umfassenden Preisreform zu beginnen. Durch sie wird versucht, ein System von Gleichgewichtspreisen herzustellen bzw. anzunähern, auf dem die weiteren Reformschritte aufbauen. Ein solcher approach ist zwar theoretisch überzeugend, unterschätzt jedoch die Schwierigkeiten, durch technokratische Methoden Preisverzerrungen zu beseitigen. Daß man die Erfolgchancen einer solchen Preisreform als recht bescheiden einschätzen muß, zeigen nicht nur die polnischen, sondern auch die ungarischen Erfahrungen. Hinzu kommt, daß die mächtigen Gruppen, die den Status quo erhalten wollen, Schwierigkeiten der Preisreform als Vorwand zur Verhinderung jeglicher Maßnahmen einer Wirtschaftsreform mißbrauchen. Dies zeigt sich erneut bei den bisher recht geringen Reformfortschritten in der Sowjetunion.

Daß die auch in der VR China vorhandenen Hemmnisse einer Reform des Wirtschaftssystems eine geringere Bremswirkung hatten als in den europäischen Planwirtschaften, scheint vor allem auf zwei Faktoren zurückzuführen zu sein: Zum einen auf die katastrophale Zerrüttung der chinesischen Wirtschaft in der Periode der „Kulturrevolution“ (1966–1976), die radikale Änderungen unausweichlich machte; zum anderen auf eine Neigung zum Pragmatismus, der die chinesische Kultur insgesamt kennzeichnet. Von konkreten Mißständen und Funktionsmängeln ausgehend, wurden ab 1978 schrittweise Reformmaßnahmen gesetzt. Es gab dafür kein ausgefeiltes Gesamtkonzept, sondern Leitvorstellungen für die zentralen Bereiche der Reform, wie z. B. mehr Entscheidungsautonomie und Verantwortlichkeit der Unternehmungen, Wiedereinführung des Marktmechanismus, Zulassung privater Wirtschaftstätigkeit, „Ende der Gleichmacherei“ bei den Einkommen, Wiedereinführung der wirtschaftlichen Leistungsanreize, Öffnung gegenüber dem westlichen Ausland u. a. Einzelne Maßnahmen zur Realisierung dieser Leitvorstellungen wurden häufig zuerst experimentell in einzelnen Provinzen erprobt und später im gesamten Land eingeführt. So wurde etwa in der Agrarreform auf Erfahrungen der Experimente in den Provinzen Sichuan und Anhui zurückgegriffen und ab 1979 im ganzen Land das System der „Produktionsverantwortlichkeit“ der privaten Landwirtschaftsbetriebe eingeführt. In der Landwirtschaft waren Mitte der achtziger Jahre immer noch fast 80 Prozent des Arbeitskräftepotentials tätig, ihr Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung betrug etwa 30 Prozent. Im folgenden bleibt dieser wichtige Wirtschaftszweig außer Betracht, die Darstellung bezieht sich auf den industriell-gewerblichen Bereich.

Ende der siebziger Jahre war die chinesische Wirtschaft im wesentlichen eine Kommandowirtschaft sowjetischen Typs. Die eigentlichen Produktionseinheiten waren die branchenmäßig gegliederten Ministerien, denen die Unternehmungen nachgeordnet waren. Horizontale Beziehungen zwischen den Unternehmungen waren in diesem System nicht vorgesehen. Private Wirtschaftstätigkeit galt, wenn überhaupt noch vorhanden, als zu beseitigendes Relikt der Vergangenheit. Die

Trennung zwischen Stadt und Land wurde mit jener zwischen Industrie und Landwirtschaft gleichgesetzt, die Industrie war nach Möglichkeit in den Großstädten konzentriert.

All dies wurde in den letzten 10 Jahren mehr oder weniger grundlegend verändert. Verhältnismäßig wenig geändert hat sich die Eigentumsstruktur der Unternehmungen. Die Entwicklung eines privaten Sektors kam nur langsam voran. Immerhin waren 1987 in 225.000 privaten Unternehmungen 3,6 Millionen Arbeitnehmer beschäftigt¹, das sind ca. 3 Prozent des nichtlandwirtschaftlichen Arbeitskräftepotentials. Rechnerisch ergeben sich daraus im Durchschnitt 16 Beschäftigte pro Unternehmen. Private Unternehmungen bis zu 8 Beschäftigten werden „Individualunternehmungen“ genannt, die anderen „Privatunternehmungen“ – eine Kategorie, die erst in jüngster Zeit eingeführt wurde. Die größten dieser Privatunternehmungen haben um 500 Beschäftigte. Die Privatunternehmer erfreuen sich des Wohlwollens von allerhöchster Stelle – so hat Parteichef Zhao Ziyang beim Besuch eines prominenten Textilfabrikanten diesen ermuntert, „mit seinem Unternehmen kühn voranzuschreiten“². Die Gewerkschaften gehen daran, die Arbeitnehmer dieser Betriebe zu organisieren, um deren Rechte zu schützen, wobei hinzugefügt wird, daß auch die Unterstützung der Unternehmer zur Förderung der Produktion zu den Aufgaben der gewerkschaftlichen Betriebsorganisation gehört³. „Practice has proved that a certain degree of development of the private sector promotes production, stimulates the market, provides employment and helps in many ways to meet the people's needs“, führte Parteichef Zhao Ziyang in seinem Bericht an den Parteitag der KP Chinas aus⁴. Im Gespräch äußerten verschiedene chinesische Ökonomen die Meinung, daß der private Sektor in den nächsten Jahrzehnten auf 20 bis 30 Prozent der Beschäftigten anwachsen solle.

Die überwiegende Mehrzahl der nichtlandwirtschaftlichen Erwerbstätigen arbeitet nach wie vor in staatlichen Unternehmungen. In diesem Bereich erfolgte die Auflockerung des überkommenen starren Systems durch die schrittweise Erweiterung eines marktgesteuerten Produktionsbereiches bei gleichzeitiger Erhöhung der Entscheidungsautonomie der Unternehmensleitungen. Der Anteil der im Rahmen des jährlich erstellten staatlichen Produktionsplanes erzeugten Güter wurde laufend reduziert. Das wichtigste Planungsinstrument ist heute der Plan-Kontrakt, im Rahmen dessen sich ein Unternehmen gegenüber der Planungsbehörde zur Lieferung einer bestimmten Menge von Gütern zu einem vereinbarten Fixpreis verpflichtet, während die Planungsbehörde die Bereitstellung der erforderlichen Input-Materialien ebenfalls zu vorher fixierten Preisen gewährleistet. In diesem Sinn kann man einen Fixpreis- und einen Marktpreissektor unterscheiden. Die Anteile dieser beiden Bereiche war auch durch hartnäckiges Fragen nicht herauszubekommen – globale Daten darüber gelten als vertraulich. Ähnlich wie beim Privatsektor⁵ sind die regionalen Unterschiede beträchtlich. In der am stärksten marktorientierten Region Guangdong (Hauptstadt Kanton) entfielen 1988 bereits etwa 80 Prozent der Produk-

tion auf den Marktpreisesektor. Dies liegt allerdings offensichtlich weit über dem Landesdurchschnitt, da im Vergleich dazu in Peking und Schanghai noch 60 Prozent der Güter im Rahmen des Planes zu Fixpreisen erzeugt wurden⁶. Daß es zu Problemen führen muß, wenn z. B. jeweils etwa die Hälfte der Kohlenproduktion zu Fixpreisen und zu Marktpreisen erfolgt, liegt auf der Hand, und die Schwierigkeiten eines solchen „dualen Systems“ zeigen sich mit zunehmender Schärfe.

Grundsätzlich dem Marktsektor zuzurechnen sind die sogenannten „kollektiven“ Unternehmungen, ein Typus, dem in unserem Sprachgebrauch am ehesten die genossenschaftliche Unternehmung entspricht. Rund ein Viertel des nichtlandwirtschaftlichen Arbeitskräftepotentials ist in diesen Unternehmungen tätig, vor allem in der Leichtindustrie sowie in den Dienstleistungsbereichen. Als Kollektivunternehmungen spielten die nichtlandwirtschaftlichen Genossenschaften in der VR China im Unterschied zu den europäischen Planwirtschaftsländern traditionell eine wichtige Rolle und haben sich seit 1978 stark weiterentwickelt. Insbesondere sind im einzelnen Provinzen um die großen urbanen Ballungsräume viele neue ländliche Industriebetriebe in Branchen wie Textil, Bekleidung, Nahrungs- und Genußmittel etc. entstanden, die heute in der Versorgung mit Konsumgütern eine wichtige Funktion haben. Die Entstehung dieser Unternehmungen vollzog sich weitgehend spontan, d. h. nicht auf Initiative der zentralen Wirtschaftsbehörden, sondern z. B. als Verselbständigung und Auslagerung einzelner Produktionen aus städtischen Großbetrieben, als Gründung von Verarbeitungsbetrieben für lokal verfügbare Agrarprodukte und Grundstoffe, etc. Viele neue ländliche Industriebetriebe kooperieren eng mit einzelnen städtischen Großbetrieben, doch hat die ländliche Kleinindustrie eine beachtliche Eigendynamik erlangt.

Nach zehn Jahren Wirtschaftsreform haben sich Funktionsweise und Organisationsstruktur der chinesischen Wirtschaft grundlegend verändert. Ein großer Teil der Wirtschaft unterliegt zwar noch der zentralen Planung, allerdings in einer modifizierten Form. Ein beachtlicher Teil der Produktion nichtlandwirtschaftlicher Güter vollzieht sich heute außerhalb des Planes, wobei die Beziehungen der Anbieter und End-Nachfrager sowie der Unternehmungen untereinander durch den Markt vermittelt sind. Die privaten und die kollektiven Unternehmungen sind grundsätzlich marktorientiert, die staatlichen Unternehmungen zugleich plan- und marktorientiert. Bis jetzt ist es Ziel der Wirtschaftspolitik, die Marktsphäre auszuweiten und die Plansphäre zurückzunehmen. Insbesondere der Umstand, daß für ein und dasselbe Produkt (für den Intermediär- oder Endverbrauch) zwei verschiedene Preise existieren können, führt jedoch zunehmend zu Problemen. Die Frage der Koordination zwischen beiden Bereichen wurde bisher nur pragmatisch behandelt, nicht systematisch gelöst. Sie stellt m. E. derzeit die zentrale Systemfrage der Wirtschaft der VR China dar.

Diese Systemfrage wird sich sicherlich nicht dadurch erledigen, daß für die Unternehmensleitung moderne, westliche Managementmethoden stark forciert werden. Die Wichtigkeit der Autonomie der Unter-

nehmensleitung wird überall – also sowohl in den Unternehmungen selbst als auch von den staatlichen Stellen und von den Ökonomen – außerordentlich betont. Wie weit eine solche Autonomie tatsächlich existiert, ist schwer zu beurteilen.

Die Leitung staatlicher Unternehmungen obliegt einem alleinverantwortlichen Direktor, der je nach Größe des Unternehmens mehrere Stellvertreter haben kann. Die Bestellung dieses Direktors erscheint allerdings nicht klar und eindeutig geregelt. Es werden verschiedene Auswahlverfahren genannt (Ernennung durch staatliche Instanzen, Wahl durch Belegschaft, „Kampagne“-artige Bewerbung mehrerer Kandidaten), von denen nicht feststeht, wann welches Verfahren zur Anwendung gelangt. In einem Punkt stimmten die Darstellungen überein, nämlich daß der Chef des betrieblichen Parteikomitees heute *nicht* mehr wie früher die tatsächliche Entscheidungsmacht bei Unternehmensentscheidungen ausübt.

2. Resultate – Erfolge und Probleme

Die Statistiken über Sozialprodukt, Einkommen und Konsum, so problematisch sie in mancher Hinsicht erscheinen mögen, lassen nur den Schluß zu, daß sich das Wirtschaftswachstum in der VR China nach 1978 deutlich beschleunigt hat und der Lebensstandard der Bevölkerung fühlbar verbessert werden konnte⁷. Am stärksten wuchsen die Einkommen der Agrarbevölkerung, aber auch die städtische Bevölkerung hat kräftig am wirtschaftlichen Wachstum partizipiert. Dies wurde auch dadurch ermöglicht, daß die Investitionsquote nach 1978 deutlich abgesenkt wurde⁸. Die Konsumgüterproduzierenden Leichtindustrien wuchsen stärker als die Schwerindustrie. Die Steigerung des materiellen Lebensstandards kommt weiters darin zum Ausdruck, daß der Anteil der Nahrungsmittel am Verbrauch der städtischen Haushalte leicht zurückging, vor allem zugunsten der Kategorien Bekleidung und dauerhafte Konsumgüter⁹. Vielleicht ein stärkeres Indiz für die materiellen Verbesserungen als die statistischen Angaben ist der Umstand, daß die Engpässe in der Konsumgüterversorgung weitgehend beseitigt werden konnten. Im Unterschied zu den meisten europäischen Planwirtschaften gibt es in China mit Ausnahme weniger Konsumgüter keine Warteschlangen. Zwar gibt es noch Lebensmittelmarken für Reis, Speiseöl, Zucker und Schweinefleisch, doch sind diese Waren zu einem etwas höheren Preis auch auf dem freien Markt erhältlich. Z. B. kostet Schweinefleisch auf dem freien Markt um ca. 40 Prozent mehr, allerdings ist auch die Qualität besser. Der überwiegende Teil des Verbrauches an Fleisch wird auf dem freien Markt gedeckt. Kleidung, Schuhe, Möbel werden in China in ausreichender Menge angeboten. Ihr Kauf ist keine mühselige Angelegenheit wie in den europäischen Oststaaten. Knappheit herrscht bei Elektrogeräten, zu deren Kauf besondere Berechtigungen erforderlich sind¹⁰.

Eine extreme Mangelsituation herrscht in der Versorgung mit Wohn-

raum. Zu einem gewissen Grad ist dies als Folge des raschen Bevölkerungswachstums in den ersten drei Jahrzehnten des Bestandes der VR China unvermeidlich, gleichzeitig aber auch Konsequenz jahrzehntelanger Versäumnisse der Wirtschaftspolitik, die vor 1978 nur geringe Mittel für diesen wichtigen, aber als „unproduktiv“ geltenden Bereich bereitgestellt hat. Nach einer überschlagsmäßigen Rechnung wurden in den Jahren 1979/87 durchschnittlich pro Jahr 3,6 Millionen Wohneinheiten gebaut¹¹, was eine erhebliche Steigerung bedeutet, aber im Verhältnis zum Wohnungsbedarf unzureichend ist. Andererseits entfielen 1987 mehr als ein Drittel der gesamten Investitionen Chinas auf den Wohnbau – ein Anteil, der wohl nicht mehr viel gesteigert werden kann. Auch bei geringen Wohnungsgrößen ist der Kapitalbedarf des Wohnbaus so hoch, daß keine rasche Entspannung dieser Mangelsituation möglich ist, sondern erst nach einigen Jahrzehnten eintreten wird. Die extreme Wohnungsknappheit ist sicherlich auch das stärkste Argument für die Beibehaltung der harten Geburtenbeschränkungen. Bei einer Fortsetzung des Bevölkerungswachstums der Zeit vor 1978 würde sich die Relation Haushalte zu Wohnungen noch langsamer verbessern als dies jetzt möglich ist.

Trotz der unbestreitbaren Erfolge der chinesischen Wirtschaftsreform bei der Hebung des Lebensstandards und in der Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums befindet sich diese Reform seit 1987 in einer kritischen Phase. Die Inflationsrate, welche, gemessen am amtlichen Lebenshaltungskostenindex, im Durchschnitt der Jahre 1979–1985 knapp unter 4 Prozent lag, hat seither stark zugenommen und 1988 etwa 18 Prozent erreicht. Dies hat die Ungewißheit über den weiteren Gang der Wirtschaftsreform erhöht und auch in der Bevölkerung zu Unsicherheitsreaktionen geführt. So etwa kam es 1988 zu massenhaften Abhebungen von Sparguthaben, deren Gesamtstand zurückging. Der anhaltende Konsumboom wird mit erwarteten Verknappungen bei Konsumgütern sowie mit der Angst vor weiterer, noch beschleunigter Geldentwertung erklärt.

Inflationsschübe sind häufig auftretende Begleiterscheinungen von Wirtschaftsreformen in Zentralplansystemen, eine unvermeidliche Konsequenz von Maßnahmen zur Entzerrung der Preisstruktur. Das monetäre Ungleichgewicht in der chinesischen Wirtschaft ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Der Staatshaushalt weist seit 1978 teils als Folge der Kulturrevolution, aber auch durch „mishandling of the overall financial and credit balance“¹² ein Defizit auf, das nicht durch Ersparnisse der Haushalte finanziert werden kann. Eine neue Quelle des Defizits ist die 1983 begonnene Umstellung der Staatsfinanzierung von der Gewinnablieferung der Unternehmungen auf Körperschaftsteuerzahlungen, da der Anteil der Staatseinnahmen am Sozialprodukt im Zuge dieser Umstellung absank¹³. Neben der Notenbankfinanzierung des Staates war die Zunahme der Unternehmensfinanzierung durch Kredit, die durch die zunehmende Marktorientierung der Unternehmungen notwendig wurde, eine weitere Ursache der Ausweitung des Geldumlaufes.

Die Beschleunigung der Inflation in den letzten Jahren war überwiegend von nachfrageseitigen Faktoren getragen – der Preisauftrieb in China entspricht daher dem Typ der „demand inflation“. Parallel zum Konsumboom gibt es auch einen Investitionsboom. Die Investitionsquote weist nach dem Rückgang zu Beginn der achtziger Jahre wieder steigende Tendenz auf. Trotz verschiedener Verfügungen zum Stopp von nicht als dringlich eingestuften Investitionsprojekten wurden bisher keine wirksamen Maßnahmen zur Dämpfung der Investitionstätigkeit gesetzt. Der Lohnkostenauftrieb blieb bis jetzt im Verhältnis zur Preissteigerung gering. Die Basislöhne haben seit 1978 kaum mit der Inflationsrate Schritt gehalten, der Realeinkommenszuwachs der städtischen Bevölkerung ist auf ertragsabhängige Bonuszahlungen und Prämien und vom Staat gewährte Teuerungszulagen zurückzuführen. Der Anteil dieser Einkommensbestandteile stieg von 10 Prozent 1978 auf rund ein Drittel 1988¹⁴. Bei einer generellen „Lohn- und Gehaltsreform“, die seit längerem diskutiert wird, aber bisher nicht realisiert wurde, wird ein größerer Kostenschub von der Lohnseite unvermeidbar sein.

Wenn die Kontrolle der Wirtschaftspolitik über die Bewegungen des Preisniveaus wiederhergestellt werden soll, so wird dies kaum durch punktuell ansetzende Restriktionsmaßnahmen möglich sein, sondern nur durch eine umfassende Preisreform, die auch die Lohn- und Gehaltsreform beinhaltet. Deng Xiaoping hat vor kurzem in der für ihn charakteristischen Art festgestellt, daß ein kurzer, heftiger Schmerz besser ist als eine langanhaltende Qual. Die Herstellung von „rationalen“, d. h. den Produktionskosten entsprechenden Preisrelationen ist aber ein politisch riskantes Vorhaben: „Initially, the price rises will be sudden, and people's lives will be affected. Nationwide dissatisfaction would affect stability. Here, the keypoint . . . is how to carry out wage reform simultaneously with price reform, for people will not complain if this is done well¹⁵.“ Der Ökonom Qian Jiaju schlägt vor, in der Folge die Löhne dem Lebenshaltungskostenindex entsprechend laufend anzupassen.

Die Erfahrung vieler Länder zeigt, daß das Risiko einer weiteren, unter Umständen erheblichen Beschleunigung der Inflation als Folge einer solchen Preisreform hoch ist. Dies war offenbar auch der Grund dafür, daß die chinesische Staatsführung vor der Preisreform bisher zurückgeschreckt ist, obwohl ihre Notwendigkeit unbestritten ist. Allzulange wird die Preisreform aber nicht mehr aufgeschoben werden können, da sie eine Voraussetzung für die Lösung der grundlegenden Strukturprobleme des chinesischen Wirtschaftssystems bildet.

Soweit sich aus dem Nebeneinanderbestehen von verschiedenen Eigentumsformen der Unternehmungen Friktionen ergeben, so erscheint es plausibel, daß sie auf absehbare Zeit pragmatisch bewältigbar sein werden. Dies gilt jedoch nicht für das Nebeneinanderexistieren der unterschiedlichen Steuerungsmechanismen Markt und Plan. Im Plansektor selbst sind die üblichen Funktionsmängel ebenfalls gemildert, jedoch keineswegs beseitigt. Ungenutzte Anlagekapazitäten, ver-

schwenderischer Umgang mit Rohstoffen und Energie, Nichtauslastung der Arbeitskräfte, Mißmanagement, schlechte Produktqualität, Produktion auf Lager von Gütern, die nicht absetzbar sind und viele andere Mißstände werden überall offen kritisiert. Die Koordination der Produktionspläne der für den Plan produzierenden Unternehmungen ist mangelhaft, z. B. werden die vereinbarten Liefermengen an Inputs nicht eingehalten, was es den betroffenen Unternehmungen unmöglich macht, ihre Lieferverpflichtungen zu erfüllen. Die legale oder illegale Wahrnehmungen von Gewinnchancen aus Preisdifferenzen zwischen dem Markt- und dem Plansektor lassen sich auf administrativem Weg durch Kontrolle, Strafen etc. nicht wirksam bekämpfen. Daß der Plansektor den von seinem Standpunkt aus „störenden Einflüssen“ des Marktsektors ausgesetzt ist, ist systembedingt. Ein geregeltes, friktionsfreies Nebeneinander der beiden Sektoren hängt aber von unrealisierbaren Voraussetzungen ab: entweder es gelingt, die Preise des Marktsektors korrekt zu prognostizieren – bzw. durch Interventionsmechanismen entsprechend zu beeinflussen –, aber alle praktischen Erfahrungen zeigen, daß dies nicht möglich ist. Oder der Plan übernimmt die Marktpreise samt allen Schwankungen als exogene Daten: damit wird aber die Einhaltung der festgesetzten Produktionsmenge praktisch unmöglich.

Letzten Endes wird die chinesische Staatsführung sich zu entscheiden haben, entweder ob sie die Planwirtschaft überhaupt aufgeben will oder ob sie den Marktsektor wieder so weit zurückdrängen soll, daß die störenden Einflüsse auf den Plan ein tolerierbares Maß nicht überschreiten. Letzteres wäre sicher mit fühlbaren Verschlechterungen des Lebensstandards der Bevölkerung verbunden, ein Rückschritt zum alten Planwirtschaftssystem, dessen Überwindung das Ziel der Wirtschaftsreform ist.

In den vielen Diskussionen und Gesprächen mit chinesischen Ökonomen gewann ich den Eindruck, daß man diese grundlegenden Systemfragen der künftigen Wirtschaftspolitik meidet und die Alternativen nicht klar ins Auge faßt, obwohl die alltäglichen Probleme sie immer deutlicher hervortreten lassen. Auch die mir in Übersetzung zugängliche ökonomische Literatur weicht den grundlegenden Fragen aus oder begnügt sich mit allgemeinen Formeln. Zum Modell des Marktsozialismus etwa heißt es in der halb-offiziellen Studie „China's Economy in 2000“, es sei nicht akzeptabel, “because along with the loosening of control and balancing of the macroeconomy, a series of problems which we often see emerging in the market economy will occur”¹⁶. In der Folge wird dessenungeachtet ein langfristiges Zukunftsmodell als möglich bezeichnet, das am ehesten dem Marktmodell entspricht – die Sphäre der Planung soll immer weiter reduziert, die des Marktes erweitert werden, allerdings bei Ausbau der indirekten Lenkung: “the scope controlled by mandatory plans will gradually diminish and that of guidance will expand”¹⁷.“ Solche Erwartungen an ein indirektes Lenkungssystem sind mE illusionär nach mehreren Jahrzehnten weitgehend erfolgloser Versuche in Ost und West, eine praktikable Form der

gesamtwirtschaftlichen Planung zu entwickeln. Es ist auch nicht erkennbar, wie sich die Autoren der zitierten Studie eine "mixture of improved planned economy and planned economy into which market mechanism is integrated"¹⁸, konkret vorstellen.

3. Ende der „Übergangsgesellschaft“?

Das Projekt der Wirtschaftsreform in der VR China versteht sich als bewußte Kehrtwendung nach den Irrwegen der „großen proletarischen Kulturrevolution“. Man ist sich im offiziellen China darüber im klaren, daß dies mit weitreichenden Implikationen auch für die der Politik zugrunde gelegte ökonomische Theorie verbunden ist, die sich als marxistisch-sozialistisch versteht. Trotz der kritischen, oft kompromißlosen Abrechnung mit der Vergangenheit auch von seiten der kommunistischen Partei gibt es aber ein starkes Bedürfnis nach Kontinuität, welches sich u. a. darin äußert, daß die mit der Reform vollzogene Kehrtwendung in Kategorien des Marxismus bzw. seiner chinesischen Spielart begriffen wird.

Für den sozio-ökonomischen Evolutionsprozeß der Menschheitsgeschichte wird unverändert an einem Drei-Phasen-Schema festgehalten: feudale Naturalwirtschaft – (kapitalistische) Warenproduktion – vergesellschaftete Produktion des Sozialismus. Nach den katastrophalen Erfahrungen der Kulturrevolution ist es nicht erstaunlich, daß besonderes Gewicht auf die Feststellung gelegt wird, die zweite Phase könne nicht übersprungen werden: "Full development of the commodity economy is a phase in the development of the socialist economy, a phase that cannot be skipped, and it is the prerequisite for the realization of the modernization of our economy"¹⁹.

Wenn in einem Land, aus welchen Gründen immer, die Transformation zur warenproduzierender Ökonomie auf kapitalistischer Grundlage nicht vollzogen wurde, so muß der Sozialismus diese Transformation nachholen. Die konventionelle Form der sozialistischen Planwirtschaft ist dazu nicht geeignet, ja sogar als rückschrittlich anzusehen: "the rigid economic management system in China is based on the theory of *natural* economy which repels the socialist commodity economy"²⁰. Die zweite Phase der Menschheitsgeschichte wird in dieser Sicht vom Kapitalismus losgelöst und als „Warenwirtschaft“ bezeichnet, mit den (üblichen) Merkmalen der Versachlichung (Verdinglichung) der menschlichen Beziehungen und der Entwicklung einer arbeitsteiliger-gesellschafteten Produktionsweise²¹. Es wird ausdrücklich als „falsch“ bezeichnet, einen Gegensatz zwischen sozialistischer Planwirtschaft einerseits und Warenwirtschaft andererseits zu konstruieren²².

Dieser neue Realismus impliziert aber eine viel stärkere Revision der herkömmlichen kommunistischen Evolutionstheorien als es auf den ersten Blick scheint. Denn offensichtlich ist der Akt der Sozialisierung der Produktionsmittel *nicht* gleichbedeutend mit dem ersten Schritt zur Überwindung der warenproduzierenden Gesellschaft. "History for-

ces us to admit that a non-commodity economy or direct social labour does not replace the commodity economy upon the taking over of the capitalist system by the socialist system²³." Wenn Marx und Engels dachten, ein Sieg der Revolution im viktorianischen England würde die Warenwirtschaft beseitigen, so ist dies nach Ansicht von Wang Zhiping nicht realistisch, denn das Niveau der Produktivkräfte hat in vielen der „sozialistischen Länder“ jenes von England im 19. Jahrhundert weit überschritten, und dennoch können sie sich nur auf der Grundlage der Warenwirtschaft weiterentwickeln. Auch könne man nicht sagen, daß in den höchstentwickelten kapitalistischen Ländern die Warenwirtschaft abgeschafft würde, wenn diese zum Sozialismus übergängen²⁴. "Before a capitalist economy can become a non-commodity economy based on direct social labour, one must traverse a long historical period of socialist public-commodity economy²⁵." Sehen wir davon ab, daß die Abfolge keineswegs zwingend erscheint, so ist dies eine bemerkenswerte Feststellung insofern, als die VR China hier *nicht als Übergangsgesellschaft* begriffen wird, sondern als Gesellschaftsform von so langer Dauer, daß über den Zeitpunkt ihres Endes (d. h. ihres Übergangs zur kommunistischen Gesellschaftsformation) nicht ausgesagt werden kann.

Damit verliert die gegenwärtige Gesellschaftsform und Wirtschaftsordnung ihre *Finalität*: ihre Institutionen sowie alle Maßnahmen zu deren Veränderung sind nach den Kriterien der Zweckmäßigkeit und Funktionalität zu beurteilen, nicht im Hinblick darauf, ob sie den Übergang zum Sozialismus und Kommunismus beschleunigen. Ebenso wenig können Mängel und Mißstände mit dem Hinweis entschuldigt werden, daß sie um eines bald zu erreichenden Endzustandes wegen in Kauf genommen werden müssen.

Auch die Unterscheidung von Kapitalismus verliert an Schärfe. Zwar sind kapitalistische Warenwirtschaft und sozialistische „public commodity economy“ unterschiedliche Gesellschaftssysteme, doch stehen sie nicht mehr zueinander im Verhältnis des dialektischen Gegensatzes. Sie sind verschiedene Ausprägungen des Typus der Warenwirtschaft.

Daraus läßt sich auch die ideologische Begründung ableiten für eine pragmatische Beurteilung des Kapitalismus, die sich die Ökonomen nicht nur Chinas, sondern auch der anderen sozialistischen Länder längst zu eigen gemacht haben. In einem „Reunderstanding Capitalism“ übertitelten Beitrag kritisiert Xu Jiatur²⁶ das traditionelle Kapitalismus-Verständnis, welches von den Klassikern des Marxismus-Leninismus und von persönlichen Erfahrungen im alten China geprägt gewesen sei. Die moderne Entwicklung des Kapitalismus sei deshalb nicht erkannt worden. Zahlreiche kapitalistische Länder hätten einen Wohlfahrtsstaat geschaffen, in dem die Massen am wachsenden gesellschaftlichen Reichtum partizipieren. In marxistischer Terminologie bedeutet dies, daß der Kapitalismus, auch wenn er weiterhin als mehrwertschaffendes Ausbeutungssystem gesehen wird, gleichzeitig auch soziale Produktionsform sein kann: "If we can say that in the commodity economy of private ownership, the individual commodity producers for their own

profits continually improve their production and management to gain strength in competition, resulting in the development of social production and that the whole process is governed by an 'invisible hand', then, in a planned economy, the combination of social benefits and individual benefits should be realized by our market under our skillfull planning guidance²⁷." Zwar wird in der sozialistischen Warenwirtschaft der soziale Zweck direkt-intentional verwirklicht, doch kann dies auch die unsichtbare Hand bewirken. „Es ist gleichgültig, ob die Katze schwarz oder weiß ist – Hauptsache, sie fängt Mäuse“ – formulierte Deng Xiaoping einmal hintergründig.

Wie weit solche Gedankengänge in der Praxis tragen, läßt sich allerdings schwer abschätzen. Es fehlt auch nicht an Beteuerungen, daß China auf dem Weg des Sozialismus weiterschreiten wird²⁸. Der Neigung zum Pragmatismus würde es entsprechen, eine schroffe Gegenüberstellung von alternativen Wegen möglichst zu vermeiden. Dem steht entgegen, daß der Prozeß der Wirtschaftsreform ein Stadium erreicht hat, in dem grundlegende Weichenstellungen vorgenommen werden müssen.

Anmerkungen

- 1 lt. China Daily vom 24. November 1988, S. 2 ("Unions will be set up in private firms soon"). In der Gesamtzahl von 3,6 Millionen Beschäftigten sind offenbar die vor allem in den Sonderwirtschaftszonen angesiedelten, im Auslandsbesitz stehenden Unternehmungen mit enthalten
- 2 China Daily vom 9. November 1988, S. 4 ("Private business gains firm footing")
- 3 siehe Anmerkung 1
- 4 13th National Congress of the Communist Party of China (Oktober 1987), Beijing Review Publications, S. XIV
- 5 Von dessen 225.000 Betrieben entfällt fast ein Drittel, nämlich 70.000, auf Shanghai. Siehe Anmerkung 2
- 6 Mündliche Information des Ökonomieinstituts der Akademie für Sozialwissenschaften der Provinz Guangdong
- 7 Zu diesem Schluß kommt auch Perkins (1988)
- 8 Im Durchschnitt der Jahre 1970/78 lag die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote („Akkumulationsrate“ genannt) bei 33 Prozent, danach nur noch knapp über 30 Prozent. Siehe die Angaben in „China's Socialist Economy“, S. 478
- 9 Statistische Angaben dazu finden sich in dem Artikel „Changes in the Life-Style of Urban Residents“ (by the State Statistical Bureau) in der Beijing Review Nr. 46/1988, S. 26 ff. Der Anteil der Nahrungsmittel sank von 55,7 Prozent 1981 auf 54,7 Prozent 1987. Der Konsum an Getreide ging absolut deutlich zurück, während jener von Fleisch, Fischen, Eiern und Zucker zunahm
- 10 Z. B. hat man bei Eheschließung das Recht zum Kauf eines Elektrogerätes
- 11 1,3 Milliarden m² neugebauter Wohnraum für den Gesamtzeitraum bei einer angenommenen Durchschnittsgröße von 40 m². Siehe den Artikel „Investment in Fixed Assets“ (by the State Statistical Bureau), Beijing Review Nr. 42/1988, S. 26
- 12 China's Economy in 2000, S. 388
- 13 Von einem Drittel des Sozialprodukts auf wenig mehr als ein Viertel. Siehe China's Economy in 2000, S. 37
- 14 Changes in the Life-Style of Urban Residents, siehe Anmerkung 8, S. 26
- 15 Qian Jiaju, Why China Needs Price Reform, in: China Reconstructs, October 1988, S. 49
- 16 S. 468
- 17 S. 474

- 18 S. 475
- 19 Beschluß des Zentralkomitees der KP Chinas vom 20. Oktober 1984, zitiert in *China's Socialist Economy*, S. 457
- 20 Yuan Enzhen und Gu Guangqin (1988), S. 42
- 21 ebendort, S. 40
- 22 *China's Socialist Economy*, S. 457
- 23 Wang Zhiping (1986), S. 48
- 24 ebendort, S. 49 f.
- 25 ebendort, S. 48 f.
- 26 "Reunderstanding Capitalism and What it Offes China", *Beijing Review* Nr. 46/1988, S. 18 ff. Der Autor ist Leiter des Hongkonger Büros der Nachrichtenagentur Xinhua
- 27 Wang Zhiping (1988), S. 21
- 28 "China's aim in following an open policy is exactly to absorb the useful things of capitalism to serve the development of the socialist economy for the ultimate goal of the early realization of the lofty ideal of communism. No 'liberalization' whatsoever is involved here. Only socialism can save China. The Chinese people who have matured through hard struggles will never change the socialist course of development." *Chinas Economy in 2000*, S. 536

Literatur

- China-Buchreihe, Band „Wirtschaft“, Beijing (Verlag für fremdsprachige Literatur) 1986
- China's Economy in 2000*, Compiled by Liu Guoguang, Liang Wensen and others, Beijing (New World Press) 1987
- China's Socialist Economy, An Outline History (1949–1984)*, ed by Liu Suinian and Wu Qungan, Beijing (Beijing Review) 1986
- D. H. Perkins (1988), *Reforming China's Economic System*, in: *Journal of Economic Literature* Vol XXVI (Juni 1988), S. 601 ff.
- Wang Zhiping (1986), *A Brief Discussion of Public-Commodity Economy*, in: *SASS-Papers 1986*, Shanghai, (Academy of Social Sciences) 1986
- Wang Zhiping (1988), *The Plural Economic Benefit System and the Problem of Macro-Control Mechanism*, in: *SASS-Papers (2) 1988*, Shanghai (Academy of Social Sciences) 1988
- Xue Muqiao, *China's Socialist Economy*, Beijing (Foreign Languages Press) 1981
- Yong Wenyan (1986), *A Probe into Socialist Political Economy*, in: *SASS-Papers 1986*
- Yuan Enzhen & Gu Guangqin (1988), *A Few Problems in Socialist Commodity Theories*, in: *SASS-Papers (2) 1988*